

# NATIONALE BEKANNTMACHUNG

03.08.2026

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: VGF/Stadt 201/26 - U5 Verlängerung Frankfurter Berg - Lärm- und Erschütterungsgutachten

Auftraggeber: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

## DETAILS ZUR BEKANNTMACHUNG

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)  
Kurt-Schumacher-Str. 8  
60311 Frankfurt am Main  
Deutschland  
+49 6921323300

vergabestelle@vgf-ffm.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

U5 Verlängerung Frankfurter Berg - Lärm- und Erschütterungsgutachten

Im Rahmen des Projektes soll die Stadtbahnlinie U5 zwischen der bestehenden Station Preungesheim ca. 1,5 km mit zwei Stationen in seitenlage sowie der künftigen Endstation Frankfurter Berg verlängert werden. Parallel zu der neuen Trasse werden auch die Straßen, Gehwege und Radwege neu geordnet.

Das gewünschte Lärm- und Erschütterungsgutachten soll dabei untersuchen, ob während der Bauphase und der späteren Betriebsphase schädigende oder störende Erschütterungen und Lärmbelastungen in der Umgebung zu erwarten sind. Sollte sich aus der Untersuchung ergeben, dass durch die geplante Bauausführung und des späteren Betriebs schädigende Erschütterungen und Lärmbelastungen entstehen könnten, sollen geeignete Maßnahmen aufgezeigt werden, um die Anforderungen des Immissionsschutzes zu erfüllen und mögliche Auswirkungen zu minimieren. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die weitere Objektplanung der Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke.

Ort der Leistungserbringung:  
60433 Frankfurt am Main

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 31.08.2026 Bis: 11.12.2026

9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

[https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe\\_bbieter/api/supplier/extermal/deeplink/subproject/763fd202-7aa4-4864-885e-f0e10bce0c29](https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe_bbieter/api/supplier/extermal/deeplink/subproject/763fd202-7aa4-4864-885e-f0e10bce0c29)

10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 19.08.2026 10:00:00  
Bindefrist: 28.08.2026

#### 11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

keine

#### 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

In den Projekteigenschaften wurde eingestellt, dass Angebote mit Skonto zulässig sind. Als Frist für die Zahlbarmachung wurden 14 Tage festgelegt.

#### 13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Der Bewerber/Bieter weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) gemäß §§ 31 Abs. 1, 33 Abs. 1 UVgO nach. Nachzuweisen sind nachfolgende Kriterien, wobei die Art der Nachweiserbringung in den Vergabeunterlagen angegeben wird. Regelmäßig werden Formblätter vorgegeben.

Zuverlässigkeit im Sinne von § 31 Abs. 1 UVgO in Verbindung mit §§ 123, 124 GWB

Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist.

Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz und § 19 Mindestlohngesetz.

1. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung

- Mindestdeckungssumme für Sach- und Vermögensschäden:  $\geq 500.000$  € (einfach maximiert p.a.)

- Mindestdeckungssumme für Personenschäden:  $\geq 5.000.000$  € (zweifach maximiert p.a.)

2. Vorlage von zwei geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungen der in den letzten höchstens fünf Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen vergleichbar sind. (Mindestanforderung: Bewertung von Geräuschmissionen durch Baulärm, Straßen- und ÖPNV-Verkehr sowie Bewertung von Erschütterungen während der Bauphase/ für Prognosezustand für Straßen- und ÖPNV-Verkehr mit Erläuterung eines Maßnahmenkonzepts)

-Als vergleichbare Leistungen werden anerkannt:

Maßnahmen, die mit der vergebenen Leistung in Art und Höhe vergleichbar sind (siehe Beschreibung)

3. Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht und Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)

4. Verpflichtungs- und Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

5. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland

6. Allgemeine Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen (HVA-L Vorlage 103 Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer)

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften ("Bietergemeinschaftserklärung").

Bietergemeinschaften werden Einzelbieter gleichgesetzt, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.

Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank (Amtliche Verzeichnisse) für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (HPQR, AVPQ) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmern der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmer wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

#### 14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis